

Inhaltsverzeichnis

Steuerliche Außenprüfung, Steuerfahndung, Steueraufsicht

Einführung	1
Teil I	
Die steuerliche Außenprüfung	3
A. Allgemeine Vorbemerkungen zur Außenprüfung	5
§ 1 Begriff, Wesen und Art der Außenprüfung im Steuerrecht	5
I. Begriff der Außenprüfung	5
II. Wesen der Außenprüfung	6
1. Gesetzgeberisch erklärter Zweck des Ermittlungsverfahrens	6
2. Gesetzgeberisch erklärter Zweck der Außenprüfung	6
III. Art der Außenprüfung	9
§ 2 Allgemeine Außenprüfungen – Besondere Außenprüfungen	11
I. Allgemeine Außenprüfungen	11
1. Die uneingeschränkte Zulässigkeit der Außenprüfung	11
2. Die eingeschränkte Zulässigkeit der Außenprüfung	12
II. Besondere Außenprüfungen	12
1. Die Umsatzsteuer-Sonderprüfung	12
a) Der Sonderprüfungstatbestand	12
aa) Rechtliche Modalitäten	12
aaa) Die Umsatzsteuer-Sonderprüfung	
– eine spezifische Form der Außenprüfung	12
bbb) Auswirkungen von Sonderprüfungen auf die Steuerfestsetzungen	13
bb) Örtliche Modalitäten	13
cc) Zeitliche Modalitäten	14
aaa) Umsatzsteuer-Sonderprüfungen, die Voranmeldungszeiträume betreffen	14
bbb) Umsatzsteuer-Sonderprüfungen, die die Jahresumsatzsteuer betreffen	15
dd) Unmittelbare und mittelbare Auswirkungen	15
b) Die Finanzbehörde als Berechtigte	16
c) Erstprüfungen – Bedarfsprüfungen	16
aa) Erstprüfungen	16
bb) Bedarfsprüfungen	16
2. Die Lohnsteuer-Außenprüfung	17
a) Der Sonderprüfungstatbestand	17

aa) Rechtliche Modalitäten	17
bb) Abschließende Prüfung	18
cc) Umfang der Prüfung	18
dd) Überwachungsfunktion der Prüfung	18
b) Die Finanzbehörde als Berechtigte	19
aa) Zuständigkeit des Betriebsstättenfinanzamts	19
bb) Mitwirkungspflicht des Arbeitgebers	19
cc) Mitwirkungspflicht der Arbeitnehmer	19
dd) Die konkrete Berechtigung der Finanzbehörde	20
3. Die Kapitalverkehrsteuer-Prüfung	20
a) Der Sonderprüfungstatbestand	20
aa) Rechtliche Modalitäten	20
bb) Adressaten des Sonderprüfungstatbestandes	20
cc) Rechtliche Bedenken	20
aaa) Rechtsgültigkeit der §§ 40 Nr. 3 i. V. m. 46 KVStDV?	20
bbb) Rechtsgültigkeit von Verkehrsteuerfragebogen?	21
ccc) Rechtsgültigkeit des § 45 KVStG?	21
b) Die Finanzbehörde als Berechtigte	21
aa) Zuständigkeit der Kapitalverkehrsteuerämter	21
bb) Überprüfung subjektiver Pflichterfüllung	21
cc) Vorrang des Prinzips der Verwaltungsgliederung nach Fach Gesichtspunkten	21
B. Die Rechtsstellung des Steuerpflichtigen und der Finanzbehörde vor dem Beginn einer Außenprüfung	23
§ 3 Zulässigkeit einer Außenprüfung	23
I. Zulässigkeit einer Außenprüfung allgemein	23
1. § 193 AO als Rechtsgrundlage	23
2. Die beiden Gruppen der potentiellen Aufsichtsadressaten	23
II. Zulässigkeit bei Unternehmen	24
1. Zulässigkeit ohne Einschränkung	24
2. Aufgabe des Unternehmens	24
a) Außenprüfung bei noch tätigen Unternehmern	24
b) Außenprüfung bei früheren Unternehmern	24
c) Außenprüfung bei Erben früherer Unternehmer	25
d) Außenprüfung bei Erbeserben früherer Unternehmer	25
3. Außenprüfung bei einem Testamentsvollstrecker	25
III. Zulässigkeit bei „anderen“ Steuerpflichtigen	25
1. Zulässigkeit mit Einschränkung	25
2. Die Fälle des § 193 Abs. 2 Nr. 1 AO	26
a) Voraussetzung der Außenprüfung	26
b) Umfang der Außenprüfung	26

3. Die Fälle des § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO	26
a) Voraussetzungen der Außenprüfung	26
b) Das Aufklärungsbedürfnis	26
c) Die Unzweckmäßigkeit einer Prüfung an Arbeitsstelle	27
aa) Das gesetzliche Regelungsdefizit	27
bb) Die Regel-Ausnahme-Relation	27
cc) Der Mißbrauch durch die Finanzverwaltung	27
IV. Ermessen	27
1. Entschließungsermessen	27
2. Auswahlermessen	28
a) Der Gesichtspunkt der sog. „faktischen Unmöglichkeit“	28
b) Keine echte Abwägung öffentlicher und privater Interessen	29
c) Reine Zweckmäßigkeitsüberlegungen	29
d) Fragen des Verfahrens	29
e) Vermutung gegen Ermessensmißbrauch	29
f) Grundsätzliche Unbeachtlichkeit privater Interessen	30
g) Gleichheit der Lastenzuteilung	30
h) Gesichtspunkt des Zufalls	31
i) Keine zeitliche Vorhersehbarkeit von Außenprüfungen	31
3. Kein Anspruch auf Durchführung einer Außenprüfung	31
4. Das besondere Interesse an einer Prüfung	33
V. Außenprüfung bei Ehegatten	33
1. Zwei gesonderte Außenprüfungen	33
2. Keine Ausdehnung der Außenprüfung auf den anderen Ehegatten	33
3. Rechtsprechung contra Verwaltungspraxis	33
VI. Außenprüfung nach vorbehaltloser Steuerfestsetzung?	34
1. Zulässigkeit einer Außenprüfung	34
2. Rechtlich verbindliche Wirkung vorbehaltloser Bescheide	34
3. Abschließende Prüfung als Ziel jeder Außenprüfung	34
VII. Außenprüfung zur Feststellung von Steuerhinterziehung oder leichtfertiger Steuerverkürzung	35
1. Ablauf der Festsetzungsfrist	35
2. Die verlängerten Festsetzungsfristen	35
3. Feststellung von Steuerstraftaten durch Außenprüfung	35
VIII. Rechte der Gemeinden und des Bundesamtes für Finanzen	36
1. Teilnahmerecht der Gemeinden	36
2. Mitwirkungsrecht des Bundesamtes für Finanzen	36
IX. Unzulässigkeit einer Außenprüfung	37
1. Aufdeckung und Ermittlung unbekannter Steuerfälle	37

2. Feststellung des Vorliegens der Zulässigkeitsvoraussetzungen . . .	37
3. Außenprüfung bei einem Testamentsvollstrecker	37
4. Zweckmäßigkeit von Prüfungen an Arbeitsstelle	37
5. Besondere Begründung für die „Sonderbehandlung“	37
6. Außenprüfung bei Eheleuten	38
7. Ausdehnung in Verbindung mit der Hauptprüfung	38
8. Erforschung der Verhältnisse anderer Personen	38
9. Ermittlung von Steuerstraftaten	38
10. Irrelevanz oder Verwertungsverbot	38
11. Festsetzungsverjährung und Änderungssperre	38
§ 4 Sachlicher und zeitlicher Umfang einer Außenprüfung	39
I. Sachlicher und zeitlicher Umfang allgemein	39
1. Sachlicher Umfang	39
2. Zeitlicher Umfang	39
II. Sachlicher Umfang im einzelnen	39
1. Der unbegrenzte sachliche Prüfungsumfang	39
2. Die Prüfungspraxis der Finanzverwaltung	40
3. Zweckmäßigkeit und Aufklärungsbedürftigkeit	40
III. Ausdehnung einer Außenprüfung auf steuerliche Verhältnisse von Gesellschaftern und Mitgliedern	42
1. Die Überprüfung der steuerlichen Verhältnisse von Gesellschaftern einer Personengesellschaft	42
2. Einschränkung der Überprüfung	42
a) „Personengesellschaften“	42
b) „insoweit“	42
3. Wegfall der Einschränkung	42
4. Die „steuerlichen“ Verhältnisse	42
5. Ausdehnung der Außenprüfung	43
6. Voraussetzung für die Ausdehnung	43
IV. Kontrollmitteilungen	44
1. Rechtsgrundlage	44
2. Auswertung von steuerrelevanten Verhältnissen anderer	44
3. Außenprüfung keine Ausforschungsprüfung	44
4. Verbot von Kontrollmitteilungen durch den „Bankenerlaß“ / § 30a AO	44
5. Uneingeschränkte Verwertung	44
V. Zeitlicher Umfang im einzelnen	45
1. Gesetzliche Grenze des zeitlichen Prüfungsumfangs	45
2. Beschränkung des zeitlichen Prüfungsumfangs durch Verwaltungsvorschrift	45

3. Überschreiten des dreijährigen Prüfungszeitraums	45
4. Anschlußprüfung bei Großbetrieben	45
VI. Einordnung der Steuerpflichtigen in Größenklassen (Groß-, Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe)	46
1. Rechtsgrundlage der Einordnung	46
2. Abgrenzungsmerkmale der Einordnung	46
3. Folgen der Einordnung	47
VII. Unzulässiger Umfang der Außenprüfung	48
1. Sachlicher Umfang	48
2. Zeitlicher Umfang	48
3. Überschreitung des angeordneten Prüfungsumfangs	49
§ 5 Zuständigkeiten	49
I. Zuständige Finanzbehörde	49
1. Sachliche Zuständigkeit	49
a) Rechtliche Regelung	49
b) Bundesfinanzbehörden	49
c) Landesfinanzbehörden	49
2. Örtliche Zuständigkeit	50
II. Beauftragte Finanzbehörde	50
1. Auftragsprüfung	50
2. Veranlagende Außenprüfung	51
§ 6 Die Prüfungsanordnung	52
I. Qualifikation der Prüfungsanordnung	52
1. Sachlicher und zeitlicher Umfang der Außenprüfung	52
a) Sachlicher Umfang	52
b) Zeitlicher Umfang	52
2. Schriftliche Begründung der Prüfungsanordnung	53
a) Notwendigkeit der Begründung	53
b) Entbehrlichkeit der Begründung	53
aa) Gesetzesverständnis	53
bb) Entstehungsgeschichte	54
cc) Rechtsprechung	54
aaa) Routineprüfung	54
bbb) Anlaßprüfung	55
3. Sicheinstellen auf die Außenprüfung	56
II. Konsequenzen des Prüfungsumfangs	58
1. Bedeutung des Prüfungsumfangs	58

a) Ablaufhemmung	58
b) Sperrwirkung für die Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden	58
c) Aufhebung des Nachprüfungsvorbehalts	58
d) Sperrwirkung für Selbstanzeigen	58
e) Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen	59
2. Erweiterung und Ergänzung des Prüfungsumfangs	59
a) Ursprüngliche Prüfungsanordnung	59
b) Ergänzungsanordnung	59
3. Verkürzung des Prüfungszeitraums	61

III. Form der Prüfungsanordnung	61
1. Schriftform	61
2. Rechtsbehelfsbelehrung	62
3. Merkblatt	63
4. Mündliche Vorabsprachen	64

IV. Zuständigkeit für die Erteilung der Prüfungsanordnung	64
1. Sachliche Zuständigkeit	64
a) Für die Erteilung einer Prüfungsanordnung	64
b) Für die Durchführung von Außenprüfungen	64
c) Bei Übertragung der Durchführung auf eine andere Finanzbehörde	65
2. Örtliche Zuständigkeit	65
3. Funktionelle Zuständigkeit	65
a) ...eine Frage der Organisationsverteilung?	65
b) ...eine Frage der Entscheidungsbefugnis	65

V. Begründung	66
1. Schriftliche Begründung	66
2. Mündliche Begründung	66
3. Begründung in den Fällen des § 193 Abs. 1 AO	66
4. Begründung in den Fällen des § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO	66
5. Begründung bei nachträglicher Erweiterung oder Ergänzung	67

VI. Rechtsbehelfsbelehrung	67
1. Rechtslage bis 1.1.1987	67
2. Rechtslage seit dem 1.1.1987	68

VII. Prüfungsanordnungen gegen Ehegatten	68
1. Gesonderte Prüfungsanordnungen	68
2. Ausweichen auf Einzelermittlungen	69

VIII. Wiederholungsprüfungen	69
1. Zulässigkeit von Wiederholungsprüfungen	69
2. Anforderungen an eine Wiederholungsprüfung	70

IX. Zwangsmittel	70
1. Zwangsmittel allgemein	70
2. Zwangsgeld	70
3. Ersatzvornahme	70
4. Unmittelbarer Zwang	70
X. Prüfungsauftrag – Prüfungsanmeldung	70
1. Prüfungsauftrag	70
2. Prüfungsanmeldung	71
XI. Fehlerhafte Prüfungsanordnungen	71
1. Nichtigke Prüfungsanordnungen	71
a) Mündliche Prüfungsanordnung	71
b) Unklare Adressierung	71
c) Fehlen von Mindestanforderungen	72
d) Nichtigke Prüfungsanordnung	72
2. Zeitpunkt für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit einer Prüfungsanordnung	72
3. Rechtswidrige Prüfungsanordnung	73
4. Verwirkung des Anfechtungsrechts	73
XII. Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Außenprüfung	73
1. Beschwerde	73
a) Zulässigkeit	73
b) Wirkung	73
aa) Keine Vollziehungshemmung	73
bb) Beschwerde hat keinen Erfolg	74
cc) Beschwerde hat Erfolg	74
2. Anfechtungsklage	74
3. Revision	75
4. Nichtzulassungsbeschwerde	75
5. Verwirkung des Anfechtungsrechts	75
6. Aussetzung der Vollziehung	75
a) Zulässigkeit	75
b) Wirkung	76
aa) Verlust der Wirksamkeit	76
bb) Verbot des Prüfungsbeginns	76
cc) Gebot der Einstellung	76
7. Verwertungsverbot	76
a) Nichtigke oder für rechtswidrig erklärte Prüfungsanordnung	76
b) Rechtswidrige Prüfungsmaßnahme	76
c) Aufhebung der Prüfungsanordnung durch Urteil	76
d) Prüfungsfeststellungen ohne vorhergehende Prüfungsanordnung	76
e) Verstoß gegen bloße Ordnungsvorschriften	77
f) Prüfungsfeststellungen auf Grund von Grundrechtsverstößen	77

§ 7 Bekanntgabe der Prüfungsanordnung	78
I. Die Bekanntgabe	78
1. Bekanntgabe als Wirksamkeitsvoraussetzung	78
2. Erfordernisse der Bekanntgabe	78
a) Zugang	78
b) Bekanntgabewille	78
c) Behördlicher Akt	78
d) Schriftform	78
3. Bekanntgabefiktion	79
a) Drei-Tages-Frist	79
b) Monats-Frist	79
4. Durchbrechung der Bekanntgabefiktion	79
5. Zugang	79
II. Zeitliche Anforderungen an die Bekanntgabe	80
1. Bekanntgabe „angemessene Zeit“ vor Beginn der Prüfung	80
2. Bekanntgabe mit Beginn der Prüfung	80
a) Gefährdung des Prüfungszwecks	80
b) Verzicht auf Einhaltung der Frist	81
3. Rechtzeitige Bekanntgabe	81
4. Bekanntgabe des voraussichtlichen Prüfungsbeginns	81
5. Erweiternde Bekanntgabe	82
III. Verlegung des Prüfungsbeginns auf Antrag des Steuerpflichtigen ..	82
1. Der Antrag des Steuerpflichtigen	82
2. Zeitliche Grenze der Antragstellung	82
3. Gefährdung des Prüfungszwecks	82
4. Der Einfluß der Verlegung auf die Verjährung	83
5. Ermessensspielraum der Finanzbehörde	83
6. Glaubhaftmachung von wichtigen Verlegungsgründen	83
IV. Anordnung der Betriebsprüfung nach § 5 BpO	84
1. Bindung der Verwaltung	84
2. Hinweise auf die Rechte und Pflichten des Steuerpflichtigen	84
3. Unterrichtung von der abgekürzten Außenprüfung	84
V. Bekanntgabe der unwesentlichen Bestandteile der Prüfungsanordnung	84
1. Unwesentliche Bestandteile der Prüfungsanordnung	84
2. Antrag auf Datenänderung	85
3. Voraussichtlicher Prüfungsbeginn	85
4. Ausschluß oder Ablehnung des Prüfers	85

§ 8	Beginn der Außenprüfung	86
I.	Erscheinen in Prüfungsabsicht	86
	1. Erscheinen	86
	2. Erscheinen und Ablaufhemmung nach § 171 AO	86
	3. Erscheinen und Selbstanzeige nach § 371 AO	86
	4. Erscheinen in „Prüfungsabsicht“	87
	5. Beginn einer Prüfung	87
	6. Scheinhandlungen	87
II.	Ausweispflicht	88
	1. Unverzügliche Ausweispflicht	88
	2. Sinn der Ausweispflicht	88
	3. Ausweispflicht gegenüber dem Steuerpflichtigen	89
III.	Schriftliche Fixierung des Prüfungsbeginns	89
	1. Fixierung des „Beginns“ der Außenprüfung	89
	a) Fixierungsgebot	89
	b) Bedeutung der Fixierung	89
	aa) Ablaufhemmung der Festsetzungsfrist	89
	bb) Außenprüfung vor Ablauf der Festsetzungsfrist	90
	cc) Außenprüfung nach Ablauf der Festsetzungsfrist	90
	dd) Beginn der Festsetzungsfrist	90
	ee) Dauer der Festsetzungsfrist	90
	ff) Hemmung der Festsetzungsfrist	90
	gg) Antrag auf Verlegung des Beginns der Außenprüfung	91
	hh) Ausschluß der Ablaufhemmung der Verjährung	91
	ii) Beschränkung der Dauer der Ablaufhemmung	91
	2. Keine Fixierung des „Erscheinens“ des Außenprüfers	92
§ 9	Ausschluß einer strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung	
	– wegen Erscheinens eines Außenprüfers –	92
I.	Strafbefreiende Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung	92
	1. Steuerhinterziehung	92
	a) Unrichtige oder unvollständige Angaben	92
	b) Pflichtwidriges Unterlassen von Angaben	92
	c) Pflichtwidriges Unterlassen von Steuerzeichen	92
	2. Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung	93
II.	Sperre für die strafbefreiende Selbstanzeige	94
	1. Erscheinen eines Amtsträgers der Finanzbehörde zur steuerlichen Prüfung	94
	a) Bedeutung der Sperre	94
	b) Amtsträger der Finanzbehörde	94

c) Erscheinen der Amtsträger	95
d) Erfordernis der Prüfungsabsicht	97
2. Wirkung des Erscheinens des Amtsträgers	98
a) Sperrwirkung	98
b) Persönlicher Umfang der Sperrwirkung	98
c) Sachlicher Umfang der Sperrwirkung	99
III. Ende der Sperrwirkung	99
1. Vorübergehende Sperrwirkung	99
2. Wiederaufleben des Selbstanzeigerechts	100
3. Prüfung mit oder ohne Mehrergebnis	100
a) Prüfung mit Mehrergebnis	100
b) Prüfung ohne Mehrergebnis	101
§ 10 Abgekürzte Außenprüfung	101
I. Voraussetzungen	101
1. Außenprüfung in regelmäßigen Zeitabständen nicht erforderlich	101
2. Ausnahme vom Regelfall	102
3. Entschließungs- und Auswahlmessen	102
II. Effiziente Durchführung des Besteuerungs- bzw. Festsetzungsverfahrens	103
III. Besonderheiten der abgekürzten Außenprüfung	103
1. Anordnung einer abgekürzten Außenprüfung	103
2. Beschränkung auf die wesentlichen Besteuerungsgrundlagen	103
3. Kein Verwertungsverbot bei Erweiterung der Prüfung	104
4. Keine Schlußbesprechung	104
5. Keine Übersendung des Prüfungsberichts vor seiner Auswertung	104
6. Folgen der abgekürzten Außenprüfung	105
IV. Übergang zur „normalen“ Außenprüfung	105
1. Erweitertes rechtliches Gehör	105
2. Erweiterung der Prüfungsanordnung	105
C. Die Rechtsstellung des Steuerpflichtigen und der Finanzbehörde während einer Außenprüfung	106
§ 11 Rechte und Pflichten hinsichtlich der Bereitstellung der technischen Voraussetzungen	106
I. Rechtliche Regelung	106
1. § 200 AO als lex specialis	106
2. Passive Duldungspflichten – aktive Mitwirkungspflichten	106

II. Bereitstellung geeigneter Räume	107
1. Bestimmung des Prüfungsortes	107
a) Zuweisung eines Prüfungsraumes	107
b) Kein Recht auf separaten Raum	107
2. Geeigneter Raum	108
a) Der Begriff Raum	108
b) Qualifizierung als „geeignet“	108
3. Rechtsbehelf gegen die Bestimmung des Prüfungsortes	108
4. Unentgeltlichkeit der Bereitstellung	108
5. Geschäftsräume	108
a) Prüfung in den Geschäftsräumen	108
b) Prüfung während der üblichen Geschäfts- oder Arbeitszeit	109
c) Gemischt genutzte Räume	110
6. Wohnräume	110
a) Die Alternative: Wohnung – Amtsstelle	110
b) Wahlrecht des Steuerpflichtigen	110
7. Räume an Amtsstelle	111
8. Räume des Steuerberaters	112
a) Antrag des Steuerpflichtigen	112
b) Einverständnis des Steuerpflichtigen, des Steuerberaters und des Prüfers	112
9. Zulässigkeit des Eingriffs in die geschäftliche und private Sphäre	113
a) Bindung der Steuergesetze an die Grundrechte und die verfassungsmäßige Ordnung	113
b) Geschäftsräume	114
c) Privatwohnung	114
d) Gemischt genutzte Räume	115
e) Grundrechtseingriffe durch Außenprüfung?	116
III. Bereitstellung eines geeigneten Arbeitsplatzes	116
IV. Bereitstellung der erforderlichen Hilfsmittel	117
1. Begriffsabgrenzung	117
2. Technische Hilfsmittel	117
a) Hilfsmittel	117
b) Annehmlichkeiten	118
3. Hilfsmittel bei EDV-gespeicherten Unterlagen	118
V. Die Berechtigung zum Betreten und Besichtigen von Grundstücken und Betriebsräumen	119
1. Betriebsbesichtigung und Augenscheineinnahme	119
2. Betriebsbesichtigung	119
a) Erreichen des Prüfungsziels	119
b) Rechtliches Gehör und Gleichmäßigkeit der Besteuerung	119
aa) Rechtliches Gehör	119
bb) Gleichmäßigkeit der Besteuerung	120
c) Ermöglichen der Betriebsbesichtigung	120

d) Hinzuziehung des Betriebsinhabers oder seines Beauftragten	120
e) Hinzuziehung eines Sachverständigen	121
f) Besichtigung von Grundstücken und Betriebsräumen	121
aa) Grundstücke und Betriebsräume	121
bb) Betriebsbesichtigung in mehreren Akten	121
cc) Betriebsbesichtigung und Beweiserhebung	121
dd) Betriebsbesichtigung und Geheimhaltungsinteresse	121
3. Sonstige Augenscheineinnahme	122
a) Zulässigkeit der Augenscheineinnahme	122
b) Anordnung der Augenscheineinnahme	122
c) Hinzuziehung von Sachverständigen	122
d) „Aktenkundigmachen“ der Ergebnisse einer Augenscheineinnahme	122
e) Beschwerde gegen die Anordnung einer Augenscheineinnahme	122
4. Zeitliche Begrenzung der Betriebsbesichtigung und der sonstigen Augenscheineinnahme	123
a) Die übliche Geschäfts- oder Arbeitszeit	123
b) Buchhaltungsräume – Produktionsräume	123
c) Gleitende Arbeitszeiten	123
d) Arbeitszeiten der Finanzbehörde	123
§ 12 Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen	124
I. Die überwiegend aktiven Mitwirkungspflichten	124
II. Die Konkretisierung der Mitwirkungspflichten	124
III. Die Vorlage von (Geschäfts-) Urkunden	125
1. Subsidiarität zur Auskunft	125
2. Keine Subsidiarität zur Auskunft	125
IV. Vorlage von Aufzeichnungen, Büchern, Geschäftspapieren und anderen Urkunden	125
1. Vorlagepflicht	125
a) Geschäftsunterlagen	125
aa) Eigentliche Geschäftsunterlagen	125
bb) Private Unterlagen	127
cc) Statistisches Material	128
dd) Auskunftsverweigerungsrecht	128
b) Aufsichtsrats- und Vorstandsprotokolle	128
2. Vorlageverlangen	128
a) Umfang	128
b) Vorlagepflicht	128
c) Vorlagerecht	129
d) Vorlageort	129
e) Vorlagezeitraum	129
f) Entfernung der Urkunden vom Prüfungsort	129
g) Keine prüfungsspezifische Aufbereitung der Urkunden	129
3. Die zum Verständnis erforderlichen Erläuterungen	129

V. Erteilung von Auskünften	130
1. Auskunftserteilung allgemein	130
a) Mitteilung von Wissen	130
b) Verantwortung für die Sachaufklärung	131
c) Aufklärungsinteresse – Vertrauensschutzinteresse	131
d) Gesetzliche Beschränkung der persönlichen Freiheit	131
e) Formfreiheit von Auskünften	131
f) Mündlichkeit des Auskunftersuchens	131
g) Beibringung notwendiger Unterlagen	132
h) Das Auskunftsverlangen	132
2. Auskunftserteilung durch den Steuerpflichtigen	132
a) Originäre Auskunftspflicht	132
b) Derivative Auskunftspflicht	132
c) Aufklärungslast	133
d) Formfreie Auskunftersuchen	133
e) Allgemeine Unterstützungspflicht	133
f) Ende der spezifischen Mitwirkungspflicht	133
g) Fortdauer der allgemeinen Mitwirkungspflicht	134
3. Auskunftserteilung durch vom Steuerpflichtigen benannte Personen	134
a) Benennung von Auskunftspersonen	134
b) Mehrheit von Auskunftspersonen	134
c) Andere Personen als Auskunftspersonen	134
d) Recht auf Anwesenheit bei Befragung	135
4. Auskunftserteilung durch andere Betriebsangehörige	135
a) „Andere“ Betriebsangehörige	135
b) Subsidiarität der Befragung „anderer“	135
5. Auskunftserteilung durch sonstige, dritte Personen	135
a) Die lex generalis des § 93 Abs. 1 Satz 3 AO	135
b) Auskunftspflicht der Beteiligten und anderer Personen	135
c) Schriftlichkeit des Auskunftersuchens	136
d) Auskunftserteilung durch den Steuerberater	136
aa) Der Steuerberater als sonstige dritte Person	136
bb) Wahrung der Belange des Mandanten	136
cc) Verfahrensmäßige Rechtsstellung und bürgerlich-rechtlicher Pflichtenkreis	137
dd) Der Steuerberater als bevollmächtigter Vertreter	137
ee) Der Steuerberater als Auskunftsperson	137
ff) Der Steuerberater als Beistand	137
gg) Der Steuerberater als dritte Person	138
e) Auskunftserteilung durch Angehörige	138
aa) Angehörige als sog. dritte Personen	138
bb) Angehörige als andere Betriebsangehörige	138
cc) Die Personen der §§ 34, 35 AO	138
6. Auskunftserteilung durch Banken	138
a) Die Banken als sog. Dritte	138
b) Schutz von Bankkunden	139
c) Einzelauskunftersuchen	139

d) Bankgeheimnis kein Berufsgeheimnis	139
e) Sammelauskunftersuchen	139
f) Prüfung von CpD-Konten	140
VI. Auskunftsverweigerungsrechte	140
1. Voraussetzungen eines Verweigerungsrechts	140
a) Qualifikation des Auskunftsverlangens	140
b) Notwendigkeit	140
c) Verhältnismäßigkeit	140
d) Erfüllbarkeit	140
e) Zumutbarkeit	140
f) Auskunftsverweigerungsrecht	141
g) Vorlageverweigerungsrecht	141
2. Verweigerungsrecht des Steuerpflichtigen	141
a) Der Steuerpflichtige als Verweigerungsberechtigter	141
b) Schätzung von Besteuerungsgrundlagen	141
c) Anwendung von Zwangsmitteln	141
3. Verweigerungsrecht von Angehörigen eines Beteiligten	141
a) Die Angehörigen als Verweigerungsberechtigte	141
b) Beteiligte im Außenprüfungsverfahren	142
c) Angehörige eines Beteiligten	142
d) Wahlrecht zur Auskunftsverweigerung	142
aa) Zweck des Wahlrechts	142
bb) Keine Angabe von Gründen	142
cc) Verwertungsrecht	142
dd) Recht, die Beeidigung zu verweigern	142
4. Auskunftsverweigerungsrecht zum Schutz bestimmter Berufsgeheimnisse	143
a) Der Begriff „Geheimnis“	143
b) Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse	143
c) Berufsgeheimnisse	143
d) Auskunftsverweigerungsrecht der Geistlichen	144
aa) Geistliche	144
bb) Hilfspersonen	144
cc) Verschwiegenheitspflicht	144
e) Auskunftsverweigerungsrecht der Mitglieder von Gesetzgebungsorganen	144
f) Auskunftsverweigerungsrecht der Mitglieder bestimmter qualifizierter Berufsgruppen	144
aa) Die Verweigerungsberechtigten	144
bb) Das Verweigerungsrecht	144
cc) Schutz des Vertrauensverhältnisses	145
dd) Verweigerungsrecht nach Beendigung der Berufstätigkeit	145
ee) Schutz des Beratungsgeheimnisses	145
g) Auskunftsverweigerungsrecht der Mitarbeiter von Presse und Rundfunk	145
aa) Die Verweigerungsberechtigten	145
bb) Schutz des Vertrauensverhältnisses	145
cc) Beschränkung auf redaktionellen Teil	146

§ 13 Der Einfluß von Kontrollmitteilungen auf die Rechtsstellung des Steuerpflichtigen	146
I. Fertigung von Kontrollmitteilungen	146
1. Feststellung von Verhältnissen Dritter	146
2. Kontrollmitteilungen über steuerlich relevante Verhältnisse	146
3. Kontrollmitteilungen über unerlaubte Hilfeleistung in Steuersachen	146
4. Auswertung von Kontrollmitteilungen	146
5. Typische Geschäftsvorfälle für Kontrollmitteilungen	147
6. Gefahr einer Steuerhinterziehung oder Steuerverkürzung	148
7. Änderungen von Steuerfestsetzungen	148
8. Verhinderung der Auswertung	148
9. Selbstbindung der Finanzverwaltung	148
10. Kontrollmitteilungen als Nebenprodukt von Außenprüfungen	149
II. Voraussetzungen einer Kontrollmitteilung	149
1. Entschließungs- und Auswahlermessen des Prüfers	149
2. Schutz des Steuergeheimnisses	149
3. Bindung der Kontrollmitteilungen	149
III. Kontrollmitteilungen und Schutz von Bankkunden	150
1. Keine Mitteilung von Konten	150
2. Einschränkung durch Bankenerlaß	150
3. Einschränkung durch § 30a AO	150
4. Legitimationsprüfung nach § 154 Abs. 2 AO	150
5. Sicherung der formalen Kontenwahrheit	151
a) Pflicht zur Kontenwahrheit	151
b) Prüfungspflicht des Kontenführers	151
aa) Gewißheit über die Person des Verfügungsberechtigten	151
bb) Die Legitimationspflichtigen	152
cc) Abwicklung von Geschäftsvorfällen über CpD-Konten	152
dd) Der Verfügungsberechtigte	153
ee) Verfügungsberechtigung bei Verträgen zugunsten Dritter	153
ff) Errichtung eines Gemeinschaftskontos	153
gg) Die Legitimationsprüfung	153
hh) Prüfen – Festhalten – Sichern	153
ii) Zweck der Legitimationsprüfung	154
jj) Name und Anschrift des Kontoinhabers	154
c) Exkurs – Herausgabeverbot und Zuwiderhandlung	154
IV. Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit Kontrollmitteilungen	158
1. Kontrollmitteilungen über steuerlich relevante Verhältnisse Dritter	158

a) Anfertigung von Kontrollmitteilungen	158
b) Zweck der Kontrollmitteilungen	158
c) Inhalt der Kontrollmitteilungen	158
2. Feststellungen, die die Verhältnisse dritter Personen betreffen	158
a) Grundsätzliche Zulässigkeit von Kontrollmitteilungen	158
b) Qualifizierung der Kontrollmitteilungen	159
c) Schranken für die Kontrollmitteilungen	159
d) Auskunftsverweigerungsrecht	159
3. Feststellungen, die zwar die Verhältnisse des Steuerpflichtigen betreffen, die aber für eine andere Steuerart als die geprüfte relevant sind	160
a) Der einengende Wortlaut des § 194 Abs. 3 AO	160
b) Die erweiternde Auslegung des § 194 Abs. 3 AO	160

§ 14 Prüfungsgrundsätze 160

I. Durchführung der Prüfung 160

1. Pflichtgemäßes Ermessen	160
2. Modalitäten der Prüfung	160
3. Kriterien der Prüfung	161
a) Betriebsgröße	161
b) Prüfungsauftrag	161
c) Prüfungsmethode	161
4. Prüfungsgrundsätze allgemein	161

II. Untersuchungsgrundsatz 161

1. Besteuerungsgrundsätze	161
2. Untersuchungsgrundsatz	161
3. Beweismittel	161
4. Prüfungsgrundsätze im einzelnen	161
a) Ermittlung der steuerlichen Verhältnisse	161
b) Tatsächliche und rechtliche Verhältnisse	162
c) Prüfung zugunsten und zuungunsten	162
d) Stichprobenweise Prüfung	162
e) Prüfungsmethode	162

III. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel 162

1. Keine gesetzliche Regelung	162
2. Das Verhältnis Arbeitsaufwand/Prüfungsergebnis	162
3. Zweck des Grundsatzes	163
4. Rechtsbehelf gegen Prüfungstätigkeit	163

IV. Informationsanspruch des Steuerpflichtigen 163

1. Unterrichtung des Steuerpflichtigen	163
2. Überleitung in ein Steuerstrafverfahren	163
3. Nachholung des Rechts auf Gehör	163
4. Unterrichtung und Verfahrensökonomie	164

5. Umfang des Informationsanspruchs	164
a) Informationsanspruch und Recht auf Gehör	164
b) Zeitlicher und gegenständlicher Umfang	164
c) Form der Unterrichtung	164
d) Unterrichtung über die möglichen steuerlichen Auswirkungen	165
§ 15 Verdacht einer Steuerstraftat	165
I. Unverzügliche Unterrichtung der für die Ermittlung von Straftaten zuständigen Finanzbehörde	165
II. Unterbrechung der Prüfungsermittlungen	165
1. Verdacht gegen den Steuerpflichtigen	165
2. Unterbrechung der Ermittlungen	166
3. Voraussetzungen der Unterbrechung	166
4. Verdacht gegen andere Personen als den Steuerpflichtigen	166
5. Vager Verdacht gegen den Steuerpflichtigen	166
III. Umfang der Unterbrechung	167
1. Unterbrechung „soweit der Verdacht reicht“	167
2. Das Verständnis des engen Tatbegriffs	167
3. Das Verständnis des weiten Tatbegriffs	168
4. Bedenken gegen die Zulässigkeit der begrenzten Fortsetzung der Außenprüfung	168
IV. Fortsetzung der Ermittlungen	169
1. Fortsetzung der Ermittlungen vor der Mitteilung der Einleitung	169
2. Mitteilung der Einleitung als Voraussetzung der Fortsetzung der Ermittlungen	169
a) Bedeutung der Mitteilung der Einleitung	169
b) Zeitpunkt der Mitteilung der Einleitung	170
c) Die zur Mitteilung Verpflichteten	171
3. Belehrung nach § 393 Abs. 1 Satz 4 AO	172
a) Gegenstand der Belehrung	172
b) Zeitpunkt der Belehrung	172
c) Form der Belehrung	174
D. Die Rechtsstellung des Steuerpflichtigen und der Finanzbehörde nach Abschluß einer Außenprüfung	175
§ 16 Die Schlußbesprechung	175
I. Das Recht auf Schlußbesprechung	175
1. Erforderlichkeit	175
2. Verzichtbarkeit	175
3. Abhaltung einer Schlußbesprechung	175

II. Zweck der Schlußbesprechung	176
III. Unterrichtung des Steuerpflichtigen	176
IV. Ort der Schlußbesprechung	177
V. Teilnehmer der Schlußbesprechung	177
1. Steuerpflichtige	177
2. Gesellschafter von Personengesellschaften	177
3. Vertreter der Finanzverwaltung	178
4. Bundesamt für Finanzen	178
5. Gemeinden	178
VI. Verzicht auf die Schlußbesprechung	178
VII. Die Vorbereitungsfunktion der Schlußbesprechung	178
VIII. Hinweis auf mögliches Strafverfahren	179
§ 17 Der Außenprüfungsbericht	180
I. Ergehen eines Prüfungsberichts	180
II. Inhalt des Prüfungsberichts	181
III. Übersendung des Prüfungsberichts	182
IV. Zweck des Prüfungsberichts	182
1. Nach außen wirkende Aufgabe	182
2. Innerdienstliche Aufgabe	183
V. Übersendung des Prüfungsberichts vor seiner Auswertung	183
VI. Zur rechtlichen Qualifizierung des Prüfungsberichts	184
§ 18 Rechtsfolgen, die nach Abschluß einer Außenprüfung eintreten	184
I. Rechtsfolgen allgemein	184
1. Arten der Rechtsfolgen	184
a) Rechtsfolgen, die mit Beginn einer Außenprüfung eintreten	184
b) Rechtsfolgen, die sich nach Abschluß einer Außenprüfung ergeben	184
2. Anknüpfungspunkte der Rechtsfolgen	185
II. Rechtsfolgen im einzelnen	185
1. Aufhebung des Vorbehalts der Nachprüfung nach § 164 Abs. 3 Satz 3 AO	185

a)	Änderung von Vorbehalts-Bescheiden	185
b)	Entfallen der Vorbehaltswirkung	185
c)	Aufhebung des Vorbehalts	185
d)	Endgültiger Änderungsbescheid	186
2.	Eingeschränkte Korrekturmöglichkeiten bei endgültigen Steuerbescheiden nach § 173 Abs. 2 AO	186
a)	Grundsätzliche Zulässigkeit von Wiederholungsprüfungen	186
b)	Gefahr eines Ermessensfehlgebrauchs	186
c)	Anordnung einer Zweitprüfung	186
d)	Gegenstand der Zweitprüfung	186
e)	Änderungssperre	187
f)	Kein Rechtsschutz durch Änderungssperre	187
3.	Erteilung einer verbindlichen Zusage nach § 204 AO	188
a)	Verbindliche Zusage	188
b)	Zweck der verbindlichen Zusage	188
c)	Antrag auf verbindliche Zusage	188
d)	Ablehnung des Antrags	189
e)	Voraussetzungen für eine Zusage	189
f)	Form der Zusage	190
aa)	Schriftform	190
bb)	Kennzeichnung als verbindlich	190
g)	Inhalt der Zusage	190
h)	Bindungswirkung	190
i)	Außerkrafttreten, Aufhebung oder Änderung der Zusage	191
j)	Mißbrauch der Verbindlichkeit	191
k)	Verbindliche Zusage – verbindliche Auskunft	192
E.	Rechtsschutz gegen Maßnahmen der steuerlichen Außenprüfung	193
§ 19	Rechtsschutz gegen Maßnahmen der steuerlichen Außenprüfung	193
I.	Außergerichtlicher und gerichtlicher Rechtsschutz	193
1.	Das öffentlich-rechtliche Verhältnis Staat / Individuum	193
a)	Das öffentlich-rechtliche Verhältnis als Dauerrechtsverhältnis	193
b)	Das konkret spezielle öffentlich-rechtliche Individualrechtsverhältnis als Konkretisierungsform des Dauerrechtsverhältnisses	193
c)	Das Steuerpflichtverhältnis	193
d)	Parallelität steuerrechtlicher Beziehungen	194
2.	Individualrechtsschutz und Verwaltungskontrolle	195
a)	Lückenloser verfahrens- und materiellrechtlicher Rechtsschutz	195
b)	Grundentscheidung über die Stellung der Rechtsprechung zur Verwaltung	196
c)	Wertung des Rechtsschutzbegehrens	197
3.	Individualrechtsschutz und Gesamtrechtsordnung	198
a)	Schutz vor ungesetzlichem Zwang	198
b)	Partizipation an der Verbindlichkeit und verpflichtenden Kraft der Gesamtrechtsordnung	198

c) Zum repressiven Charakter des Rechtsschutzes	199
4. Verwirklichung des Individualrechtsschutzes	199
a) Bindung der Beteiligten	199
b) Die beschränkte Prüfungsbefugnis	200
c) Rechtsfrieden durch Rechtsschutzgewährung	201
d) Das Rechtsschutzbegehren als äußere Form des vom Kläger angestrebten Sicherheitszieles	201
e) Außerordentliche und ordentliche Rechtsbehelfe	201

II. Die außerordentlichen Rechtsbehelfe 202

1. Arten außerordentlicher Rechtsbehelfe	202
a) Gegenvorstellung und Dienstaufsichtsbeschwerde	202
b) Formfreiheit	202
c) Keine Fristgebundenheit	202
d) Das Recht, einen außerordentlichen Rechtsbehelf einzulegen	202
e) Rechtsbehelfsobjekt	202
f) Kein Suspensiveffekt	202
g) Antrag auf Aussetzung der Vollziehung	203
h) Anfechtbare Maßnahmen	203
aa) Der Prüfungsauftrag	203
bb) Die vorbereitenden Handlungen für die Außenprüfung	203
cc) Die Auskünfte	203
dd) Das Verhalten des Prüfers an sich	203
ee) Die Schlußbesprechung nach § 201 AO	203
ff) Der Prüfungsbericht nach § 202 AO	203
2. Gegenvorstellung	203
a) Adressat der Gegenvorstellung	203
b) Art der Einwendungen	203
c) Konsequenzen der Gegenvorstellung	204
3. Dienstaufsichtsbeschwerde	204
a) Adressat der Dienstaufsichtsbeschwerde	204
b) Dienstaufsichtsbeschwerde – Sachaufsichtsbeschwerde	204
aa) Die Dienstaufsichtsbeschwerde	204
bb) Die Sachaufsichtsbeschwerde	204
c) Anlaß für die Dienstaufsichtsbeschwerde	204

III. Die ordentlichen Rechtsbehelfe allgemein 205

IV. Die ordentlichen außergerichtlichen Rechtsbehelfe im einzelnen 206

1. Einspruch	206
a) Statthaftigkeit	206
aa) § 348 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2, Nr. 6 AO	206
aaa) Verwaltungsakte i. S. d. § 348 Abs. 1 Nr. 1 AO	206
bbb) Verwaltungsakte i. S. d. § 348 Abs. 1 Nr. 2 AO	206
ccc) Verwaltungsakte i. S. d. § 348 Abs. 1 Nr. 6 AO	206
bb) Umdeutung eines unstatthaften Rechtsbehelfs	206
cc) Unrichtige Bezeichnung des Rechtsbehelfs	207
dd) Nichtbezeichnung des Rechtsbehelfs	208

ee) Antrag auf „schlichte Änderung“	208
b) Einspruchsbefugnis	208
aa) § 350 AO	208
bb) Geltendmachung der Rechtsverletzung	209
cc) Geltendmachung der Verletzung von Rechten	209
dd) Geltendmachung der Verletzung eigener Rechte	210
ee) Geltendmachung der Rechtsverletzung	210
ff) Geltendmachung der Rechtsverletzung durch einen Verwaltungsakt	210
c) Einlegung des Einspruchs	210
aa) Formen des Einspruchs	210
bb) Ort der Anbringung	211
cc) Mangel der Form	212
d) Einspruchsfrist	212
aa) § 355 Abs. 1 Satz 1 AO	212
bb) Vorliegen der Rechtsbehelfsbelehrung	213
cc) Unterbliebene oder unrichtige Rechtsbehelfsbelehrung	213
dd) Mangel der Fristwahrung	213
ee) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	213
e) Rechtsschutzbegehren	214
f) Wiederaufrollung des Verfahrens	214
g) Entscheidung über den Einspruch	215
aa) Einspruchsentscheidung – Abhilfeentscheidung	215
bb) Einspruchsentscheidung	215
cc) Abhilfeentscheidung	215
h) Wirkungen des Einspruchs	215
aa) Erhebung der Abgabe – kein Suspensiveffekt	215
bb) Aussetzung der Vollziehung	216
cc) Stundung	217
2. Beschwerde	220
a) Statthaftigkeit	220
aa) § 349 Abs. 1 Satz 1 AO	220
bb) Umdeutung eines unstatthaften Rechtsbehelfs	221
cc) Unrichtige Bezeichnung des Rechtsbehelfs	221
b) Beschwerdebefugnis	221
aa) § 350 AO	221
bb) Geltendmachung der Rechtsverletzung	222
cc) Geltendmachung der Verletzung von Rechten	222
dd) Geltendmachung der Verletzung eigener Rechte	222
ee) Geltendmachung der Rechtsverletzung durch einen Verwaltungsakt	222
c) Einlegung der Beschwerde	222
aa) Formen der Beschwerde	222
bb) Inhalt der Beschwerde	223
cc) Ort der Anbringung	224
d) Beschwerdefrist	224
e) Verzicht auf die Beschwerde	224
f) Rücknahme der Beschwerde	226
g) Entscheidung über die Beschwerde	227
aa) Abhilfeentscheidung – Vorlage – Beschwerdeentscheidung	227

bb) Abhilfeentscheidung	227
cc) Vorlage	228
dd) Beschwerdeentscheidung	228
h) Wirkungen der Beschwerde	229
aa) Kein Suspensiveffekt	229
bb) Aussetzung der Vollziehung	229
V. Die ordentlichen gerichtlichen Rechtsbehelfe allgemein	230
1. Der Weg zum Finanzgericht	230
2. Rechtsschutzbegehren	231
VI. Die Klage	231
1. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen	231
a) ...bzgl. der Klage	231
aa) Ordnungsmäßigkeit der Klageerhebung	231
bb) Wirksame gewillkürte Bevollmächtigung	232
cc) Postulationsfähigkeit	232
b) ...bzgl. des Gerichts	233
aa) Örtliche Zuständigkeit	233
bb) Sachliche Zuständigkeit	233
c) ...bzgl. der Beteiligten	233
aa) Beteiligtenfähigkeit	233
aaa) Beteiligte am Verfahren	233
aaaa) Kläger	233
bbbbb) Beklagter	233
cccc) Beigeladener	233
dddd) Beigetretener	233
bbb) Existenz der Beteiligten	233
ccc) Keine gesetzliche Regelung	234
aaaa) Natürliche und juristische Personen	234
bbbbb) (Personen-) Vereinigungen	234
cccc) Behörden	234
bb) Verfahrenshandlungsfähigkeit	234
aaa) Begriff der Verfahrenshandlungsfähigkeit	234
bbb) Die Geschäftsfähigen	234
ccc) Die als geschäftsfähig Anerkannten	234
ddd) Gesetzliche Vertretung Prozeßunfähiger und juristischer Personen	234
d) ...bzgl. des Streitgegenstandes	235
aa) Keine entgegenstehende Rechtshängigkeit	235
bb) Keine entgegenstehende Rechtskraft	235
cc) Zulässigkeit des Finanzgerichtswegs	235
dd) Rechtsschutz – Bedürfnis	235
ee) Kein Verbrauch durch Rücknahme der Klage	235
aaa) Rücknahme der Klage	235
bbb) Rücknahme mit Einwilligung des Beklagten	235
ccc) Verlust der Klage	235
ddd) Einstellung durch Beschluß	235
ff) Kein Verbrauch durch Verzicht auf die Klage	236
aaa) Klageverzicht	236

bbb)	Unzulässigkeit der Klage	236
ccc)	Erklärung des Verzichts	236
2.	Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	236
a)	Die jeweils erhobene Klageart	236
aa)	Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	236
bb)	Allgemeine Leistungsklage	236
cc)	Feststellungsklage	236
b)	Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	236
aa)	Anfechtungsklage	236
aaa)	Gegenstand	236
bbb)	Klagebefugnis	237
ccc)	Vorverfahren	237
bb)	Verpflichtungsklage	237
aaa)	Versagungsgegenklage	237
bbb)	Untätigkeitsklage	238
c)	Allgemeine Leistungsklage	238
d)	Feststellungsklage	238
3.	Sprungklage gegen einen Verwaltungsakt der in § 348 AO bezeichneten Art	239
a)	Statthaftigkeit	239
b)	Anfechtungsklage als Sprungklage	240
c)	Der Steuerbescheid und die verbindliche Zusage als „Verwaltungsakte der in § 348 AO bezeichneten Art“	241
d)	Bezeichnung als „Sprungklage“	241
e)	Erhebung der Sprungklage	241
f)	Zustimmung der zuständigen Behörde	242
aa)	Zuständige Behörde	242
bb)	Zustimmung	242
cc)	Zustimmungsfrist	243
g)	Behandlung der Sprungklage als Einspruch	244
h)	Abgabe der Sprungklage an die Finanzbehörde	245
4.	Vorläufiger Rechtsschutz	245
a)	Vorläufiger Rechtsschutz allgemein	245
b)	Antrag auf Aussetzung der Vollziehung	246
c)	Antrag auf einstweilige Anordnung	246
5.	Revision	246
a)	Zulässigkeit	247
aa)	Statthaftigkeit	247
aaa)	Die vier Fälle der Statthaftigkeit	247
bbb)	Streitwertrevision	247
ccc)	Zulassungsrevision	247
aaaa)	Grundsatzrevision	248
bbbb)	Divergenzrevision	248
cccc)	(Allgemeine) Verfahrensrevision	248
dddd)	Nichtzulassungsbeschwerde	248
eeee)	Entscheidung des BFH	248
ddd)	Verfahrensrevision	248
aaaa)	Unvorschriftsmäßige Besetzung des erkennenden Gerichts	248
bbbb)	Mitwirkung eines ausgeschlossenen oder abgelehnten Richters	248

cccc)	Unzutreffende Vertretung eines Beteiligten im Verfahren	248
dddd)	Verletzung der Vorschriften über die Öffentlichkeit des Verfahrens	248
eeee)	Fehlen von Entscheidungsgründen	248
eee)	Revision in Zolltarifsachen	248
bb)	Frist	248
cc)	Form	249
aaa)	Schriftliche Einlegung	249
bbb)	Erhebung zur Niederschrift	249
ccc)	Vertretungszwang	249
dd)	Ort der Einlegung	249
ee)	Inhalt	249
ff)	Begründung	249
aaa)	Inhalt	249
bbb)	Frist	249
b)	Begründetheit	250
aa)	Verletzung von Bundesrecht	250
bb)	Kausalität	250
aaa)	Absolute Revisionsgründe	250
aaaa)	Unvorschriftsmäßige Besetzung des erkennenden Gerichts	250
bbbb)	Mitwirkung eines ausgeschlossenen oder abgelehnten Richters	250
cccc)	Nichtgewährung rechtlichen Gehörs für einen Beteiligten	250
dddd)	Unzutreffende Vertretung eines Beteiligten im Verfahren	250
eeee)	Verletzung der Vorschriften über die Öffentlichkeit des Verfahrens	250
ffff)	Fehlen von Entscheidungsgründen	250
bbb)	Relative Revisionsgründe	250
c)	Entscheidung über die Revision	250
aa)	Unzulässige Revision	250
bb)	Zulässige Revision	250
aaa)	Unbegründete Revision	250
bbb)	Begründete Revision	251
aaaa)	Entscheidung in der Sache selbst	251
bbbb)	Aufhebung des angefochtenen Urteils und Zurückverweisung der Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung	251
cc)	Kosten	251
6.	Beschwerde	251
a)	Zulässigkeit	251
aa)	Statthaftigkeit	251
aaa)	Die zwei Fälle der Statthaftigkeit	251
bbb)	Entscheidungen des Finanzgerichts, die nicht Urteile oder Vorbescheide sind	251
ccc)	Entscheidungen des Vorsitzenden des Finanzgerichts	251
bb)	Frist	251

aaa) Einlegung beim Finanzgericht	251
bbb) Einlegung beim BFH	251
cc) Form	252
aaa) Schriftliche Einlegung	252
bbb) Einlegung zur Niederschrift	252
ccc) Eingang beim BFH	252
ddd) Vertretungszwang	252
dd) Ort der Einlegung	252
aaa) Finanzgericht	252
bbb) Bundesfinanzhof	252
b) Entscheidung über die Beschwerde	252
aa) Abhilfe	252
bb) Vorlage	252
cc) Kosten	252

Teil II

Die Steuerfahndung (Zollfahndung)	253
--	-----

§ 20 Die Steuerfahndung (Zollfahndung)	255
---	-----

I. Zweck der Steuerfahndung	255
------------------------------------	-----

1. Erforschung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten	255
a) Erforschung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten	255
b) Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen	255
c) Aufdeckung und Ermittlung unbekannter Steuerfälle	255
2. Problematik der gleichrangigen Parallelität von Besteuerungs- und Strafverfahren	256

II. Anlaß der Steuerfahndung	259
-------------------------------------	-----

§ 21 Organisation der Steuerfahndung (Zollfahndung)	259
--	-----

I. Die unterschiedliche Organisation von Steuer- und Zollfahndung	259
--	-----

II. Organisationsgewalt der Länder	260
---	-----

1. Die Steuerfahndungsstelle als unselbständige Dienststelle des Finanzamts	260
2. Die Steuerfahndungsstelle als Dienststelle eines selbständigen Finanzamts für Steuerfahndung und Prüfungsdienste	261
3. Die Steuerfahndungsstelle als Außenstelle der Oberfinanzdirektion	261
4. Die Steuerfahndungsstellen – unselbständige Dienststellen der Landesfinanzbehörden	261
5. Informationszentrale für den Steuerfahndungsdienst	262

III. Organisationsgewalt des Bundes	263
§ 22 Aufgaben der Steuerfahndung (Zollfahndung)	263
I. Aufgaben der Steuerfahndung allgemein	263
1. Gegenständlicher Aufgabenbereich	263
a) Originäre Aufgaben	263
b) Derivative Aufgaben	264
aa) Aufgabenwahrnehmung auf Ersuchen	264
bb) Aufgabenwahrnehmung kraft Delegation	264
c) Allgemeine Aufgaben – Sonderaufgaben	264
2. Räumlicher Aufgabenbereich	266
a) Inländisches Staatsgebiet	266
b) Ausländisches Staatsgebiet	267
II. Aufgaben der Steuerfahndung im einzelnen	268
1. Erforschung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten	268
a) Erforschungspflicht	268
b) Erforschungspflicht / Verfolgungspflicht	269
aa) Legalitätsprinzip – Opportunitätsprinzip	269
bb) Vorfeldermittlungen	269
cc) Pflichten anderer Stellen	270
2. Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen im Zusammenhang mit der Erforschung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten	270
a) Ermittlungsparallelität	270
b) Kritik an den Methoden der Steuerfahndung	271
3. Aufdeckung und Ermittlung unbekannter Steuerfälle	272
a) Steueraufsichtliche Aufgabenstellung	272
b) Fehlen eines konkreten Anfangsverdachts	273
c) Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen im Zusammenhang mit der Erforschung von Steuerstraftaten	274
d) Ablaufhemmung der Festsetzungsfrist	274
e) Auseinandersetzung um die Institutionalisierung einer Steueraufsicht	275
4. Sonstige Aufgaben der Steuerfahndung (Zollfahndung)	276
a) Steuerliche Ermittlungsaufgaben auf Ersuchen	276
aa) Ermittlungszuständigkeit	276
bb) Ermittlungszuständigkeit und Ermittlungsbefugnis	276
cc) Problematik der Betrauung von Fahndern mit Aufgaben der Außenprüfung	276
b) Sonst übertragene Aufgaben	277
§ 23 Befugnisse der Steuerfahndung (Zollfahndung)	277
I. Die Befugnisse im Strafverfahren wegen Steuerstraftaten	277

II. Die Befugnisse im Bußgeldverfahren wegen Steuerordnungswidrigkeiten	279
III. Die Ermittlungsbefugnisse im Besteuerungsverfahren	280
1. Die steuerlichen Ermittlungsbefugnisse	280
2. Parallelität von Besteuerungsverfahren und Steuerstraßverfahren	280
a) Steuerliche / steuerstraßrechtliche Ermittlungsbefugnisse	280
b) Einschränkungen der Beweismittel-Reihenfolge	280
c) Zulässigkeit auch mündlicher Auskunftersuchen	281
d) Vorlage von Büchern, Aufzeichnungen, Geschäftspapieren und anderen Urkunden durch Dritte	281
e) Ort der Vorlage	281
f) Auskunfts- und Vorlageersuchen an Kreditinstitute	281
g) Mitwirkungs-, Auskunfts- und Vorlagepflichten des Steuerpflichtigen	282
IV. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Steuerfahndung (Zollfahndung)	283
§ 24 Aufgaben und Befugnisse der Finanzämter (Hauptzollämter)	283
I. Steuerliche Auswertung des Fahndungsberichts	283
II. Zwei Schlußberichte über einen Sachverhalt – ein für einen Rechtsstaat unhaltbarer Zustand	284
Teil III	
Die Steueraufsicht	285
§ 25 Steueraufsicht in besonderen Fällen (§§ 209 ff. AO)	287
I. Der Sonderregelungsbereich	287
1. Steueraufsichtliche Befugnisse als rechtliches Dürfen oder Müssen	287
2. Das rechtliche Dürfen	287
3. Das rechtliche Müssen	287
4. Abschließender Ermächtigungskatalog der im Rahmen der Steueraufsicht zu erfüllenden Pflichten	287
II. Rechtfertigung der Sonderregelung	288
1. Rechtliche Verflechtung von belasteter Ware und belastender Abgabe	288
2. Überwachung der wirtschaftlichen Betätigung im Interesse einer quantitativen und qualitativen Erfassung der Steuerfälle	289
3. Steueraufsicht als laufende Überwachung	289
4. Die in dem Wesen der Zölle und Verbrauchsteuern begründete aufsichtliche Notwendigkeit	290

III. Gegenstand der Sonderregelung	290
1. Warenverkehr über die Grenze und in den Zollfreigebieten	290
2. Gewinnung und Herstellung verbrauchsteuerpflichtiger Waren	290
3. Versand...von Waren in einem Zoll- oder Verbrauchsteuerverfahren	290
4. Herstellung...von Waren, für die Erlaß...von Zoll oder Verbrauchsteuer beansprucht wird	290
5. Andere Sachverhalte der Blankettnorm des § 209 Abs. 3 AO	291
§ 26 Die Nachschau-Befugnis	291
I. Der Befugnistatbestand	291
1. Der –scheinbar allgemeine– Befugnistatbestand	291
2. Bindung an den Bereich der Zölle und Verbrauchsteuern	291
II. Die Befugnisse im einzelnen	292
1. Die Befugnis zur Nachschau	292
a) Die Befugnis zum Betreten von Grundstücken, Räumen, Schiffen und anderen Fahrzeugen	292
b) Die Berechtigten	292
c) Die Verpflichteten	293
d) Das Recht zur Nachschau als die allgemein formulierte Berechtigung zum Betreten	294
e) Die Zweckbindung des Rechts zum Betreten	294
f) Beschränkung auf branchenspezifische Geschäfts- und Arbeitszeiten	295
g) Übergang von der Steueraufsicht zur Außenprüfung	296
2. Die Befugnis zur Verdachts-Nachschau	297
a) Konkreter Verdacht	297
b) Gefahr im Verzug	297
3. Die Befugnis, Schiffe und andere Fahrzeuge anzuhalten	297
4. Die Nachschau im Bereich der Bundeswehr	298
III. Wesen der Nachschau	298
1. Die Nachschau als Mittel zur Erreichung des Aufsichtszweckes	298
2. Kernelemente der Nachschau-Befugnis	298
a) Besondere gesetzliche Vorschrift	298
b) Erlaubter Zweck	298
c) Kenntlichmachung im Gesetz	298
d) Erforderlichkeit	298
3. Das Verhältnis der Nachschau zu Art. 13 Abs. 1 GG	299
4. Das Verhältnis der Nachschau zu Art. 12 GG	299
§ 27 Besondere Aufsichtsmaßnahmen	300
I. Rechtskräftige Bestrafung wegen Zoll- oder Verbrauchsteuerhinterziehung	300
1. Zoll- und Verbrauchsteuerhinterziehung	300

2. Rechtskräftige Bestrafung	300
a) Strafverbüßung	300
b) Straftilgung	301
3. Tatsächlich vorhandener bestimmender und gestaltender Einfluß des Bestraften	301
4. Geeignetheit und Erforderlichkeit der Mittel	302
a) Besondere Aufsichtsmaßnahmen	302
b) Allgemeine Aufsichtsmaßnahmen	302
c) Rechtsschutz	302
II. Sicherstellung im Aufsichtsweg	302
1. Der Befugnistatbestand	302
2. Sicherstellen als Entziehen der Verfügungsberechtigung	304
3. Überführung der sichergestellten Sachen in das Eigentum des Bundes	304
§ 28 Mitwirkungs- und Hilfspflichten des Betroffenen	306
I. Der Verpflichtungstatbestand	306
1. Die aktiven steuerlichen Mitwirkungs- und Hilfspflichten	306
a) Persönliche Erfüllung	306
b) Erfüllung durch Beauftragte	306
c) Haftung des Beauftragten	307
2. Vorlage von Aufzeichnungen, Büchern, Geschäftspapieren und anderen Urkunden	307
3. Erteilung von Auskünften	308
a) Auskunftsverlangen	308
aa) Individualität	308
bb) Rechtfertigung	308
cc) Zweckgebundenheit und Zweckbegrenzung	309
b) Form der Auskunft	310
aa) Form i. e. S.	310
bb) Umfang und Häufigkeit	311
cc) Unentgeltlichkeit	311
c) Auskunft und Anzeige	311
aa) Behördliches Auskunftsverlangen	311
bb) Mitteilung über Wissen von Tatsachen	311
cc) Keine Verfahrenshandlung	312
4. Das Verhältnis der §§ 86–92 AO zum Verpflichtungstatbestand	312
II. Der Verpflichtungstatbestand und seine gegenständliche Bindung	312
§ 29 Die Bestellung von Steuerhilfspersonen	313
Stichwortverzeichnis	315